

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken

Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021

Es ist Zeit für...

mehr Gerechtigkeit!.....	3
mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege.....	5
moderne Ausbildung und sichere Arbeit.....	11
eine starke Wirtschaft und Innovationen.....	21
einen starken Sozialstaat	30
Investitionen und gerechte Steuern.....	37
ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land	43
eine gesunde und saubere Zukunft.....	48
mehr Sicherheit im Alltag	53
eine geordnete Migrationspolitik.....	58
eine offene und moderne Gesellschaft	61
ein besseres Europa – sozialer und demokratischer.....	74
mehr Frieden und Stabilität in der Welt	80

Schutz der biologischen Vielfalt:

Eine intakte Umwelt ist unverzichtbar für ein gesundes und gutes Leben. Wir werden **bedrohte Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume besser schützen**. Der Flächenverbrauch in Deutschland ist zu hoch. Langfristig müssen sich Versiegelung und Entsiegelung von Flächen die Waage halten. Bereits genutzte Flächen sollen umgewandelt und wiederverwertet werden, anstatt immer neue Flächen zu beanspruchen.

Wir brauchen außerdem **mehr Natur in der Stadt** – in Wohngebieten, in den Parks und auf den Dächern. Wir werden planerische, konzeptionelle und finanzielle Voraussetzungen dafür schaffen. Grünflächen haben auch eine wichtige soziale Funktion. Sie sind Orte des Austausches und der Begegnung.

Die Maßnahmen aus der Naturschutz-Offensive 2020 müssen umgesetzt werden. Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir das nationale **Ziel von zwei Prozent großflächiger Wildnisgebiete** in Deutschland vorantreiben. Außerdem werden wir das Bundesprogramm Blaues Band zur Renaturierung von Flüssen und Auen umsetzen. Weitere naturschutzrelevante und ehemals militärisch genutzte Liegenschaften werden wir für den Naturschutz und künftige Generationen sichern. Wir werden zudem eine Moorschutzstrategie erarbeiten und umsetzen.

Den Anteil der Flächen mit **natürlicher Waldentwicklung** wollen wir auf fünf Prozent der Gesamtwaldfläche beispielsweise zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche erhöhen. Die Jagd soll zeitgemäß und naturnah sein. In unseren nationalen Gewässern werden wir Fischerei und andere Nutzungen naturschutzgerecht regeln. Gleichzeitig unterstützen wir die Fischerei dabei, nur noch umweltgerechte Fangmethoden einzusetzen. Der Überfischung unserer Meere werden wir durch eine Umsetzung der wissenschaftlichen Fangmengenvorgaben entgegenwirken.

Wir reduzieren die Verschmutzung von Nord- und Ostsee durch Plastik, Fischereimüll und Nährstoffeinträge sowie durch Lärm. Beim internationalen Meeresschutz setzen wir uns bei den Vereinten Nationen für großflächige Schutzgebiete auf hoher See ein. Dies betrifft auch die internationalen Gewässer der Arktis. Wir werden uns weiterhin für die Einrichtung eines Arktis-Schutzgebietes bei der internationalen Meeresschutzorganisation „OSPAR“ einsetzen.

Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz:

Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen führt zu Problemen, die vor allem unsere Kinder und Enkelkinder belasten. Aktuelle Konsumgewohnheiten und moderne Technologien führen zu immer mehr und neuartigen Abfällen, deshalb fordern wir ein Umdenken weg von der Wegwerfkultur hin zur Stärkung von nachhaltigen Systemen, wie Leasing- und Leihsystemen. Wir werden **Haushalte und Unternehmen stärker über ressourcenschonende Alternativen informieren**. Ziel muss sein, Abfall zu vermeiden, Produkte langlebiger zu machen und mehr zu recyceln. Der verminderte Einsatz von Ressourcen führt zu geringeren Material- und Energiekosten und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir werden die öffentliche Beschaffung stärker auf ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ausrichten und das Thema stärker in der Aus- und Weiterbildung verankern.

Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung:

Wir wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher und das Wohl der Tiere ausgerichtet ist. Die Landwirtschaft - im Haupt- und Nebenerwerb - soll den Beschäftigten gerechte Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung sichern. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht und

brauchen eine neue wirtschaftliche Perspektive. Denn immer mehr bäuerliche Betriebe verlieren den Wettbewerb gegen industrielle Anlagen.

Wir wollen die **Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken**. Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. Dadurch verbleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region. Ein **fairer Preis für Lebensmittel** trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Betriebe ihre Produktion an dem Leitbild der **Nachhaltigkeit und den Verbraucherinteressen** ausrichten. Die ökologische Landwirtschaft ist derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, sind die **konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig**. Die SPD bekennt sich deshalb zu beiden Produktionsformen.

Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger werden wir auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren und das Bundesbodenschutzgesetz novellieren. Weiterhin setzen wir uns für gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel ein. Wir werden sicherstellen, dass auch bei den sogenannten neuen Gentechnikverfahren das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleistet sind und damit erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen.

Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben und wollen eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung. Dafür werden wir ein **staatliches Tierschutzlabel** auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes einführen. Der Gedanke des Tierschutzes soll fest in Aus-, Fort- und Weiterbildung verankert werden. Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallhaltungssysteme, Tierschutzindikatoren sowie bessere Haltungs- und Transportbedingungen sollen zu mehr Tierschutz beitragen.

Wir wollen eine nationale und europäische Nutztierstrategie erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen, das die **Würde und das Wohlergehen der Tiere schützt**.

Eingriffe an Tieren aus rein wirtschaftlichen Gründen wie das Schnabelkürzen, das Kupieren von Schwänzen oder den Schenkelbrand bei Pferden werden wir verbieten. Der Arzneimitteleinsatz, insbesondere Antibiotika, in der Tierhaltung muss auf das notwendige Maß reduziert werden.

Wir wollen auch für Haustiere fachkundige Halterinnen und Halter. Für Qualzuchten muss es eine klare Definition und ein Haltungsverbot geben. Den Schutz von Wildtieren wollen wir vorantreiben. **Den illegalen Wildtierhandel und den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen werden wir unterbinden**.

Wir wollen eine **Ombudsstelle für einen besseren Tierschutz**. Mit einem Verbandsklagerecht werden wir anerkannten Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutzverstöße vorzugehen. Auch Tierversuche müssen weiter reduziert werden.

Im Umwelt- und im Bauplanungsrecht nimmt die Landwirtschaft eine Sonderposition ein. Fehlsteuerungen werden wir beseitigen. Baurechtlich sollen beispielsweise große Tierhaltungsanlagen im Außenbereich nur noch zugelassen werden, wenn die Gemeinde einen entsprechenden Bebauungsplan erlässt und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführt. Das hilft dem Umweltschutz und stärkt die Akzeptanz der Landwirtschaft in der Bevölkerung.

Die Landwirtschaft erhält mehr als jeder andere Wirtschaftsbereich Unterstützung aus Steuermitteln. Wir wollen, dass der Grundsatz „**öffentliches Geld nur für öffentliche**

Leistungen“ gilt. Zu den öffentlichen Leistungen gehört die Ernährungssicherheit genauso wie der Schutz der Natur, der Umwelt, des Klimas und des Tierwohls. Bis zum Jahr 2020 werden die europäischen Agrarfördermittel auf zwei Wegen ausgezahlt: einerseits pauschale Zahlungen, deren Höhe sich nur an der bewirtschafteten Fläche orientiert. Und andererseits Gelder, die gezielt in die Entwicklung ländlicher Räume fließen, also unter anderem auch in Klimaschutz, Naturschutz, Tierschutz und Stallbauten. Wir werden uns für einen schrittweisen Ausstieg aus den pauschalen Subventionen bis 2026 einsetzen.

Wir wollen der Konzentration von Agrarland in der Hand landwirtschaftlicher Großkonzerne oder außerlandwirtschaftlicher Investoren wirkungsvoll entgegenreten.

Die Exportpolitik der Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Deutschland und den Exportmärkten stehen. **Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet.** In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer produziert und exportiert werden. Wir werden eine nationale **Strategie gegen Lebensmittelverschwendung** umsetzen, damit landwirtschaftliche Produkte wieder mehr Wertschätzung erfahren. Zielmarken für die unterschiedlichen Branchen sowie verstärkte Informationskampagnen sollen ein Umdenken bewirken.

Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich gesund zu ernähren. Dabei setzen wir auf Qualitätsstandards, Transparenz, leicht **verständliche Kennzeichnungen wie die Nährwert-Ampel** und eine klare Herkunftskennzeichnung. Alle Kinder und Jugendliche brauchen eine gesunde Ernährung. Wir wollen ihnen **in Kitas und Schulen ausgewogene Mahlzeiten** ermöglichen. Dazu wollen wir die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung verbindlich machen. Wir werden die Vernetzungsstellen Schulverpflegung dauerhaft unterstützen und das Nationale Qualitätszentrum für gesunde Ernährung und Schule weiter ausbauen.

Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Patente auf Leben lehnen wir ab. An der Saatgutreinheit und der Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln halten wir fest. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden. Wir setzen uns für eine rechtssichere Kennzeichnung vegetarischer und veganer Produkte ein. Die **Lebensmittelkontrolle werden wir bundesweit vernetzen**, einen einheitlichen Kontrollkatalog einführen und die Kontrolle effektiv und vergleichbar gestalten. Eine Schlüsselfunktion nimmt dabei die staatliche Überwachung am Schlachthof ein, deren Rolle gestärkt werden muss. Ergebnisse von amtlichen Lebensmittelüberwachungen sollen grundsätzlich veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mit leicht verständlichen Symbolen wie dem Smiley oder der Hygieneampel informieren.

Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur **Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Lebensmittelbranche** ist notwendig.

Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Stoffen in Lebensmitteln und Verpackungen schützen. Daher werden wir uns für eine effektive Umsetzung des EU-Chemikalienrechts einsetzen.